

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und Die Linke

Maritime Wirtschaft stärken – Zukunft gemeinsam mit dem Bund nachhaltig gestalten

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die maritime Wirtschaft ist von zentraler Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern und die Bundesrepublik Deutschland. Sie ist ein tragender Pfeiler der industriellen Entwicklung, der Energiewende und der internationalen Vernetzung des Landes.
2. Mecklenburg-Vorpommern hat den durch die Corona-Krise massiv beschleunigten Wandel der maritimen Wirtschaft nach der Insolvenz der MV-Werften aktiv gestaltet. Durch gezielte Maßnahmen der Landesregierung konnten gut ausgebildete Fachkräfte in unserer maritimen Wirtschaft gehalten und der ganze Sektor stabilisiert, neu ausgerichtet und auf Zukunftsfelder wie Offshore-Windenergie, Wasserstoffwirtschaft, Forschung und Spezialschiffbau ausgerichtet werden.
3. Der Landtag begrüßt das von der Landesregierung initiierte Zukunftskonzept Maritime Wirtschaft, das gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Branche und der Wissenschaft entwickelt wurde. Es bildet die strategische Grundlage für die langfristige Weiterentwicklung des maritimen Sektors, stärkt Kooperationen zwischen Industrie, Forschung und Häfen und eröffnet neue Perspektiven für Innovation, Wertschöpfung und Beschäftigung.
4. Der Landtag würdigt die erfolgreiche Entwicklung der maritimen Standorte des Landes – von der Sicherung des Schiffbaus in Wismar, Rostock und Stralsund bis zum Ausbau der Hafeninfrastruktur in Rostock, Wismar, Mukran und Stralsund – als sichtbares Ergebnis einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik und enger Zusammenarbeit von Land, Kommunen und Wirtschaft.

5. Die 2024 beschlossene Nationale Hafenstrategie des Bundes erkennt die Bedeutung der norddeutschen Seehäfen für die Exportnation Deutschland zwar an, ist jedoch bis heute nicht ausreichend mit entsprechenden Mitteln des Bundeshaushaltes hinterlegt, um darin formulierte Herausforderungen nachhaltig anzugehen.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich weiterhin gemeinsam mit den norddeutschen Ländern beim Bund dafür einzusetzen, dass
1. die Seehafenfinanzierung des Bundes ab 2026 deutlich erhöht und auf ein realistisches, an die gestiegenen Anforderungen angepasstes Niveau von mindestens 500 Millionen Euro jährlich angehoben wird.
 2. die Seehäfen als Infrastruktur von nationalem Interesse zur Durchführung der Energiewende anerkannt werden.
 3. die im Rahmen der Nationalen Hafenstrategie angekündigte Verstärkung der Hafennetze nachhaltig und verlässlich über mindestens zehn Jahre ausgestaltet wird.

Julian Barlen und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion

Begründung:

Die maritime Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Nach dem Ende der MV-Werften stand das Land vor einer der größten industriepolitischen Herausforderungen seiner Geschichte. Mit gezielten Entscheidungen, neuen Partnerschaften und einem klaren Blick nach vorn ist es gelungen, den Strukturwandel aktiv zu gestalten, gut bezahlte Arbeitsplätze zu erhalten und industrielle Wertschöpfung im Land zu fördern.

Das Zukunftskonzept Maritime Wirtschaft, das unter Federführung des Landes in enger Abstimmung mit der Branche erarbeitet wurde, bündelt die Erfahrungen dieser Neuausrichtung. Es beschreibt die strategischen Handlungsfelder für Schiffbau, Offshore-Windindustrie, Zulieferbetriebe, Häfen, Forschung und Fachkräftesicherung und gibt damit eine gemeinsame Richtung vor. Dieses Konzept zeigt, dass der Wandel nicht zufällig, sondern planvoll erfolgt – mit klaren industriepolitischen Zielen und breiter Beteiligung der maritimen Akteure.

Die Häfen des Landes entwickeln sich zunehmend zu Knotenpunkten der Energiewende: Rostock und Mukran sind zentrale Standorte für Offshore-Projekte, Wismar und Stralsund erschließen neue industrielle und logistische Aufgaben. Auch der Schiffbau erfährt neue Impulse – mit der Ansiedlung von thyssenkrupp Marine Systems in Wismar, der Nutzung des Werftareals Rostock-Warnemünde als Marinearsenal des Bundes und dem Aufbau eines Maritimen Industrieparks Stralsund.

Gleichzeitig investieren Forschungseinrichtungen, wie der Ocean Technology Campus Rostock, in Zukunftsfelder wie Unterwassertechnik und maritime Digitalisierung.

Diese Entwicklung zeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern seine maritime Kompetenz erneuert und stärkt. Um den wirtschaftlichen Nutzen für das gesamte Land zu maximieren, ist eine enge Zusammenarbeit der Hafenstandorte erforderlich – mit abgestimmter Flächenentwicklung, Spezialisierung und arbeitsteiliger Wertschöpfung. Dadurch kann das Land seine Rolle im Ostseeraum weiter ausbauen und die maritime Wirtschaft als integrierten Zukunftssektor profilieren.

Die deutschen Seehäfen als Drehscheiben des internationalen Warenverkehrs, Energieknotenpunkte und verteidigungsrelevante Infrastruktur sind von nationaler Bedeutung, daher ist eine angemessene finanzielle Beteiligung des Bundes an Investitionen in eine moderne, leistungs- und wettbewerbsfähige Hafeninfrastruktur erforderlich. Die Seehafenfinanzierung mittels Finanzhilfen des Bundes ist seit 2005 unverändert bei jährlich 38 Millionen Euro für alle Küstenländer geblieben und wird den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht. Mit den im Juli 2025 von der Bundesregierung beschlossenen zusätzlichen 400 Millionen Euro für Investitionen in Landstromanlagen in allen deutschen Häfen aus dem Klima- und Transformationsfonds für vier Jahre wird der Bund seiner vollen Verantwortung für die norddeutschen Seehäfen nicht gerecht, denn Investitionen in die klassische Hafeninfrastruktur sind damit nicht möglich. Mecklenburg-Vorpommern fordert daher im Schulterschluss mit allen Küstenländern, der Wirtschaft und den Gewerkschaften eine deutliche Aufstockung der jährlichen Finanzhilfen des Bundes auf dauerhaft rd. 500 Millionen Euro jährlich, um die Leistungsfähigkeit der Seehäfen zu sichern und die maritime Infrastruktur Deutschlands zukunftsfähig zu machen.